

# Protokollauszug

aus der  
59. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses  
vom 29.06.2022

---

öffentlich

**Top 5.1 Kommunale Aufnahme mit dem Städtebündnis Sichere Häfen legalisieren  
22/SVV/0429  
geändert beschlossen**

Herr Fröhlich bringt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgende neue Fassung ein:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich mit dem Städtebündnis „Städte sicherer Häfen“ und gegenüber der Bundes- und der Landesregierung für ein freiwilliges, kommunales Aufnahmeprogramm einzusetzen.*

*In einem solchen freiwilligen, kommunalen Aufnahmeprogramm soll, zusätzlich zu den Geflüchteten aus der Seenotrettung, auch die Aufnahme und Integration der Geflüchteten in den Erstaufnahmen und Lagern an den EU - Außengrenzen legalisiert werden.*

*Der Hauptausschuss soll über den Sachstand zum Jahresende 2022 informiert werden.*

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass er an die gesetzlichen Rahmenbedingungen gebunden sei und beantragt folgende Ergänzung im ersten Satz:

.....Landesregierung **für die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für ein**  
.....

Gegen diese erhebt sich kein Widerspruch, so dass die ergänzte neue Fassung zur Abstimmung gestellt wird:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich mit dem Städtebündnis „Städte sicherer Häfen“ und gegenüber der Bundes- und der Landesregierung für die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für ein freiwilliges, kommunales Aufnahmeprogramm einzusetzen.**

**In einem solchen freiwilligen, kommunalen Aufnahmeprogramm soll, zusätzlich zu den Geflüchteten aus der Seenotrettung, auch die Aufnahme und Integration der Geflüchteten in den Erstaufnahmen und Lagern an den EU - Außengrenzen legalisiert werden.**

**Der Hauptausschuss soll über den Sachstand zum Jahresende 2022 informiert werden.**



## **BESCHLUSS**

### **der 59. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 29.06.2022**

Kommunale Aufnahme mit dem Städtebündnis Sichere Häfen legalisieren  
Vorlage: 22/SVV/0429

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich mit dem Städtebündnis „Städte sicherer Häfen“ und gegenüber der Bundes- und der Landesregierung für die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für ein freiwilliges, kommunales Aufnahmeprogramm einzusetzen.**

**In einem solchen freiwilligen, kommunalen Aufnahmeprogramm soll, zusätzlich zu den Geflüchteten aus der Seenotrettung, auch die Aufnahme und Integration der Geflüchteten in den Erstaufnahmen und Lagern an den EU - Außengrenzen legalisiert werden.**

**Der Hauptausschuss soll über den Sachstand zum Jahresende 2022 informiert werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>11</b>
Ablehnung:	<b>3</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder des Hauptausschusses von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss werden \_\_\_/\_\_\_ Seiten beigelegt.

Potsdam, den 04. Juli 2022

Ziegenbein  
Leiterin des Büros

Stempel